

Rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 27. März 1981

Blatt 820

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Fremdenverkehr 81: größeres und besseres Angebot
(violett)

Kommunal:
(rosa)

Wiener Gemeinderat
Wiener Landtag
Altgemeinderat Lehninger gestorben
AKH: AKPE wird in eine Ges. m. b. H. umgewandelt

Lokal:
(orange)

"Währinger Rathaus" 90 Jahre alt
Neue Einbahnen in Siedlung Wienerfeld Ost

Nur

über FS: 27.3. Zimmerbrand in Favoriten
"Kennenlernen - Verstehenlernen": Programm

.....
Bereits am 26. März 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Fremdenverkehr B1: noch größeres und besseres Angebot (1)

++++

17 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch des Wiener Fremdenverkehrsverbandes teilte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER mit, daß die vorliegende "Bilanz" 1980 mit 4,6 Millionen Übernachtungen einen neuen Touristenrekord darstellt. Allerdings ist es fraglich, ob der Trend der letzten Jahre fortgesetzt werden kann, da auf Grund der veränderten wirtschaftlichen Lage der Konkurrenzkampf immer stärker wird und daher der Besucher zwar nicht auf einen Erholungsurlaub, aber sehr wohl auf Städtetourismus zu verzichten geneigt ist. Daher wird es notwendig sein, dem Wien-Besucher noch mehr zu bieten als bisher und noch größeren Wert auf Qualität zu legen.

Der besseren Nutzung der Nebensaison dienen verschiedene Überlegungen: So besteht zum Beispiel der Plan, für 1982 touristische Programme rund um die großen Wiener Bälle, vor allem um den Opernball, zu erstellen. So sollen mehr ausländische Besucher angezogen werden. Nach dem Motto "Wien hat immer Saison" soll im Zusammenarbeit mit dem Kulturamt ein kontinuierliches Veranstaltungsangebot zu Verfügung stehen. Der Erfolg des "Advent in Wien" zeigt deutlich, wie stark das Interesse der Wien-Besucher an kulturellen Veranstaltungen ist. (Forts.) emw/sr

NNNN

.....
Bereits am 26. März 1981 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Fremdenverkehr 81: noch größeres und besseres Angebot (2)

Utl.: Touristeninformation wird verbessert

=++++

18 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Landesfremdenverkehrsdirektor Senatsrat Dr. Helmut KREBS kündigte an, daß die Informationsstellen bei der Westeinfahrt und bei der Südeinfahrt Wiens neu gestaltet werden und die bisherigen Provisorien bald aufgelassen werden können. In den Touristeninformationsstellen werden auch spezielle Jugend-Ecken eingerichtet. Die Kosten für die Neugestaltung der Touristeninformation in Wien belaufen sich auf rund 1,2 Millionen.

Im Jahr 1981 werden Wien-Präsentationen in Lissabon, Palma de Mallorca und Bordeaux veranstaltet und insgesamt 22 touristische Fachveranstaltungen zur Wien-Werbung genutzt. Auch der Kontakt mit den lateinamerikanischen Reisebüros wird verstärkt. Weiters teilte Krebs mit, daß Wien als Kongreßstadt im Jahr 1980 an fünfter Stelle hinter Paris, London, Brüssel und Genf lag. Bei rund 300 einschlägigen Veranstaltungen wurden an die 100.000 Teilnehmer verzeichnet. (Schluß) emw/sr

NNNN

"Währinger Rathaus" 90 Jahre alt

=++++

2 Wien, 27.3. (RK-LOKAL) Das "Währinger Rathaus" - das Magistratische Bezirksamt - in der Martinstraße 100 feiert seinen 90. Geburtstag. Grund genug für den Währinger Bezirksvorsteher DKfm. Hans HEMMELMAYER dieses Jubiläum entsprechend zu feiern. Bei einer Feierstunde heute, Freitag, um 19 Uhr, im Festsaal der Bezirksvertretung werden Kammerschauspielerin Annemarie Düringer, Prof. Senta Benesch, Prof. Erika Dichler-Sedlacek und das Flieder-Trio mitwirken.

Höhepunkt der Geburtstagsfeier ist ein Turmblasen des Bläserquartetts Schöffern sowie ein Konzert der Hoch- und Deutschmeister-Kapelle unter der Leitung von Prof. Horst Winter und des Spielmannszuges des Gersthofer Turnvereins, am Samstag, dem 28. März, um 10 Uhr, beim Amtshaus in der Martinstraße.

Elf Jahre nach der Eingemeindung der Vorortegemeinde Währing, wurde im ehemaligen Ortskern, der im Zuge der heutigen Währinger Straße und der Gentzgasse lag, das "Währinger Rathaus" erbaut, das sich trotz seiner 90 Jahre heute noch "recht gut erhalten" präsentiert. Freilich hat sich in diesen 90 Jahren auch im "Währinger Rathaus" viel verändert und zwar zum Wohl der Währinger Bevölkerung. Das heutige Amtshaus in der Martinstraße bildet nicht nur ein Kulturzentrum des Bezirkes - zahlreiche kulturelle Veranstaltungen, wie Hausmusikabende und Dichterlesungen sind bei der Währinger Bevölkerung sehr beliebt und auch immer "ausgebucht" - sondern auch eine echte "Service-Stelle" für den Währinger Bürger. (Schluß) ka/gg

NNNN

Altgemeinderat Lehninger gestorben

=++++

4 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Im 98. Lebensjahr ist der frühere Wiener Gemeinderat und Landtagsabgeordnete Johann Ernst LEHNINGER in Wien gestorben.

Johann Ernst Lehninger wurde 1923 als Christlichsozialer im 13. Bezirk in den Gemeinderat gewählt, dem er bis 1932 angehörte.

Bürgermeister Leopold GRATZ hat den Hinterbliebenen seine Anteilnahme ausgedrückt. (Schluß) sti/sr

NNNN

Neue Einbahnen in Siedlung Wienerfeld Ost

=++++

5 Wien, 27.3. (RK-LOKAL) In der Siedlung Wienerfeld-Ost und in der Per-Albin-Hansson-Siedlung-West tritt am kommenden Sonntag, dem 29. März, eine neue Verkehrsorganisation in Kraft. Ihr Ziel ist es, eine Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten, eine Ausschaltung des Durchzugsverkehrs und eine Hebung der Verkehrssicherheit zu erreichen. Durch Festlegung von Einbahnführungen werden die Siedlungsgebiete schleifenförmig erschlossen.

Folgende Maßnahmen treten ab Sonntag in Kraft: Die Autobuslinie "17 A" fährt auf einer teilweise geänderten Route, und zwar über Per-Albin-Hansson-Straße - Nebenfahrbahn der Laxenburger Straße - Munchgasse - Bullgasse - Per-Albin-Hansson-Straße. Die Per-Albin-Hansson-Straße wird Einbahn vom Josef-Enslein-Platz bis und in Richtung zur Laxenburger Straße. In der Gegenrichtung wird der Verkehr über die Nebenfahrbahn der Laxenburger Straße und über die Einbahnen Munchgasse und Bullgasse zurück zur Per-Albin-Hansson-Straße geführt. Die Querstraßen zwischen Per-Albin-Hansson-Straße und Munchgasse werden - mit Ausnahme der Kittelsengasse - zu Einbahnen.

In der Per-Albin-Hansson-Siedlung-West wird die Brantingasse Einbahn von der Per-Albin-Hansson-Straße bis und in Richtung zur Pichelmayergasse. Die Einbahnführungen der Jenny-Ling-Gasse, der Tessingasse, der Malmögasse zwischen Per-Albin-Hansson-Straße und Bernadottegasse, der Bernadottegasse zwischen Malmögasse und Selma-Lagerlöf-Gasse und der Selma-Lagerlöf-Gasse zwischen Bernadottegasse und Per-Albin-Hansson-Straße werden umgedreht. Am Radda-Barnen-Platz werden die Einbahnführungen der geänderten Verkehrsorganisation angepaßt. (Schluß) ger/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=+++++

6 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde unter dem Vorsitz von GR MAYRHOFER (SPÖ) mit der Fragestunde eingeleitet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. EBERHARDT (ÖVP), ob die Anordnung betreffend Notbetten auf den Gängen der Wiener Krankenanstalten inzwischen durchgeführt wurde, antwortete Stadtrat Univ.Prof.Dr. STACHER (SPÖ), daß diese Anordnung von allen Anstalten befolgt wird. Stacher erhält täglich einen Bericht über die Bettensituation in den einzelnen Anstalten und hält Kontakt mit dem Rettungsdienst, welche Spitäler bei Überbelag nicht mehr anzufahren sind. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob in weiterer Folge mehr Rettungsfahrzeuge in Betrieb genommen werden, antwortete Stacher, daß der Einsatz der Rettungsfahrzeuge in den letzten Jahren wesentlich erhöht wurde. Eine Lösung des Bettenproblems wird erst dann erfolgen, wenn das Sozialmedizinische Zentrum Ost fertig gebaut ist. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob Stadtrat Stacher etwas gegen den Personalmangel unternommen habe, antwortete der Gesundheitsstadtrat, daß das Pflegepersonal in den letzten Jahren um siebentausend Bedienstete aufgestockt wurde. Die Krankenpflegeschulen werden massiv ausgebaut und die Aktion "männliche Pfleger" wird forciert. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob es Richtlinien für die Annahme von Entschädigungen bei der Einführung neuer Medikamente gäbe, antwortete Stadtrat STACHER (SPÖ), daß dafür keine Richtlinien bestehen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob derartige Entschädigungen in einem Fonds gesammelt und für Reisebeiträge der Mediziner verwendet werden könnten, sagte Stacher, daß diese Frage von der MA 17 geprüft wird. Stadtrat Stacher meinte, daß für die Einführung eines wirksamen Medikaments keine Entschädigung bezahlt werden soll. Ebenso seien Gefälligkeitsgutachten abzulehnen. Der Arzt soll nur dann eine Entschädigung erhalten, wenn er außerhalb seiner Arbeitszeit wissenschaftliche Arbeit leistet.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. FREINBERGER (SPÖ), ob bei der Besiedlung des Pflegeheims im Sozialmedizinischen Zentrum Ost Verzögerungen durch Personalmangel zu befürchten sind, antwortete Stadtrat Stacher, daß die Inbetriebnahme des Pflegeheims nicht ohne Personalprobleme erfolgen wird. Das Heim wird jedoch in drei Etappen bis Ende nächsten Jahres besiedelt und mit ausreichend Personal versorgt werden können. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Maßnahmen zur Behebung des Personalmangels getroffen werden, antwortete Stacher, daß neue Schwesternwohnungen gebaut und vermehrt männliche Pfleger eingestellt werden. Bei den Krankenpflegeschulen soll auch ein externer Lehrgang eingeführt werden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieviele ausländische Krankenschwestern es gibt, sagte Stadtrat Stacher, daß derzeit ungefähr 1.200 ausländische Pflegepersonen beschäftigt werden. Die Schwestern kommen vor allem von den Philippinen und aus Jugoslawien. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Rosa HEINZ (SPÖ), ob eine Weisung der Magistratsabteilung 12 bestehe, daß in den Sozialämtern keine Auszahlungen mehr erfolgen, wenn das monatliche Kontingent überschritten wurde, antwortete Stadtrat Univ. Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß eine solche Weisung nicht bestünde. Der Leiter der MA 12 hätte nur eine Weisung ausgegeben, daß die Sozialreferate Überschreitungen der Kreditmittel soweit wie möglich vermeiden sollten. Die Monatskontingente sollten möglichst eingehalten werden, Überschreitungen wären zu begründen.

Es sei allerdings keine Rede davon, daß nach Erfüllung des Kontingents kein Geld mehr ausgegeben würde. Auch im Monat Jänner hätten 13 Referate bereits ihr Kontingent überschritten.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob es schon in den vergangenen Jahren Budgetüberschreitungen gegeben habe, antwortete Stadtrat Stacher: Ja, und zwar in der Höhe von 7 Prozent (1977) bis 104 Prozent (1973). Für das Jahr 1980 sei voraussichtlich mit einer Überschreitung von 56 Prozent zu rechnen.

Aus diesem Grund werde das Budget für 1981 auf 141 Millionen Schilling erhöht. Da die Zahl der Aushilfeempfänger kontinuierlich steige, sei auch für heuer eine Überschreitung zu erwarten.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE nach der weiteren voraussichtlichen Entwicklung im Jahr 1981 antwortete Stadtrat Stacher, daß wegen der zunehmenden Zahl von Aushilfeempfängern wahrscheinlich weitere Erhöhungen folgen müssen. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. MRKVICKA (SPÖ), ob die Tätigkeit des Spitalombudsman sinnvoll wäre, antwortete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) mit einem eindeutigen "Ja". Er hätte die Aufgabe, Anfragen, Wünsche und Beschwerden und Verbesserungsvorschläge entgegenzunehmen und schnell und unbürokratisch zu erledigen. Seit seiner Einrichtung vor sechs Jahren sei der Spitalsombudsman von der Öffentlichkeit bereits voll akzeptiert und auch häufig in Anspruch genommen worden.

Derzeit werden Anrufe praktisch zu jeder Zeit entgegengenommen, es kommen etwa 20 bis 30 täglich. Auch die persönlichen Sprechstunden wurden ausgedehnt. Der Ombudsman erhält nun ungefähr 10 bis 15 Besuche pro Woche. Im Jahr 1980 wurden 220 Anfragen schriftlich erledigt, was teilweise einen sehr umfangreichen Schriftverkehr erforderte.

Die am meisten vorgebrachten Beschwerden haben sich seit Beginn der Tätigkeit des Ombudsman in ihrer Zielrichtung stark geändert. Die Beschwerden über Essen, Unterbringung und Pflegepersonal sind deutlich im Abnehmen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob der Ombudsman auch für das Personal zuständig sei, antwortete Stacher, daß dies nicht der Fall sei. Dafür wäre die Gewerkschaft zuständig. Nur für die Krankenpflegeschülerinnen sei auf eigenen Wunsch eine Ombudsfrau eingerichtet worden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, betreffend den Erfolg dieser Einrichtung, antwortete Stacher, die Ombudsfrau sei von den Krankenpflegeschülerinnen sehr positiv aufgenommen worden und werde häufig in Anspruch genommen. So seien zum Beispiel Schikurse für die unteren Klassen gefordert oder kaputte Heizungen beanstandet worden.
(Forts.) roh/sr

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. NEUSSER (ÖVP), welche Garantien es dafür gebe, daß sich General Motors nicht nach einigen Jahren wieder von Aspern zurückzieht, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ) daß in der zwischen der Republik Österreich und General Motors am 13. Februar 1980 geschlossenen Vereinbarungen auch Bestimmungen über eine Betriebseinstellung durch General Motors enthalten sind, wenn der Betrieb ein Jahr unterbrochen wird. Alle Einrichtungen, die dort gebaut wurden, gingen dann in das Eigentum der Republik Österreich über.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Regreßmöglichkeiten an die Republik Österreich bestehen, wenn GM die Produktion einstellt, antwortete Mayr, daß GM für 70 Prozent der Investitionskosten selbst aufkommen muß. Dafür garantiert die Stammgesellschaft. Diese Investitionen würden nach der Betriebseinstellung der Republik Österreich zufallen. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er meine, daß ein Werk wie jenes in Aspern zukunftsorientiert sei, antwortete der Stadtrat, daß in Aspern stündlich 70 Motoren und 100 Getriebe für PKWs mit 1.100 und 1.500 Kubikzentimeter, also für zukunftsorientierte Fahrzeuge, hergestellt werden sollen. Deshalb werde die Fertigstellung seitens GM auch forciert. Ergänzend zur ERSTEN ZUSATZFRAGE führte er aus, wenn GM tatsächlich den Betrieb einstellte, würden Bund und Wien gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um andere Betriebe dorthin zu bringen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE, die von GR. EMERLING (SPÖ) eingebracht wurde und sich mit den von der Stadt Wien im Jahr 1980 begebenen Anleihen auf den inländischen Kapitalmarkt befaßte, antwortete Stadtrat MAYR (SPÖ), daß in zwei Tranchen insgesamt 2,6 Milliarden begeben wurden. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach den Konditionen antwortete Mayr, daß es jeweils zwei Tranchen mit einer Laufzeit von zehn beziehungsweise 15 Jahren gegeben habe. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Erlös zur Gänze an die Wiener Stadtwerke fließe, antwortete Mayr, daß mit Ausnahme eines Betrages von 767 Millionen rentierliche Investitionen der Stadtwerke bedeckt werden.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. PANKOWICZ (FPÖ), in welchem Ausmaß die Tarife der Wiener Verkehrsbetriebe im heurigen Jahr erhöht werden sollen, antwortete Stadtrat NITTEL (SPÖ), daß ein Reformplan vorgelegt werden soll, um die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel zu erhöhen. Dazu gehören auch tarifliche und organisatorische Maßnahmen. Da die Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen sind, läßt sich über den Termin noch nichts sagen. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach dem ungefähren Termin, antwortete Stadtrat NITTEL, daß die Beratungen über die Tarifreform nur als eine von mehreren Maßnahmen zu sehen sind. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welchen Stellenwert er marktwirtschaftlichen Aspekten einräume, sagte der Stadtrat, daß die Bedeckung der Kosten über den Tarif nur Teil eines Ganzen sind und daß nie marktwirtschaftliche Überlegungen oder Betriebskosten maßgeblich sein können, sondern verkehrspolitische Anliegen. Ein ausgewogener Teil könne über die Tarife, der Rest müsse von allen Steuerzahlern getragen werden.
(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die NEUNTE ANFRAGE wurde zurückgezogen. Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), was getan werde, um die Einhaltung der sogenannten "Dreieckständerverordnung" zu garantieren, antwortete Stadtrat NITTEL (SPÖ), daß von der MA 48 bisher 191 Werbeständer von öffentlichen Verkehrsflächen nach Rückfrage bei der zuständigen Bewilligungsdienststelle entfernt wurden. Auf Zusatzfragen, was gegen widerrechtlich aufgestellte Werbeflächen getan werde, antwortete Nittel, daß alle widerrechtlich aufgestellten Ständer ohne Ansehen der Person oder des Veranstalters entfernt werden und daß er für jede Unterstützung dieser Bemühungen dankbar sei.
(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

14 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. HALA (SPÖ), ob die Stadt Wien alles unternommen habe, um die Öffnung des Sternwarteparks zu erreichen, antwortete StR. SCHIEDER (SPÖ): Er habe auf Grund eines Auftrages von Bürgermeister Leopold Gratz, alles zu unternehmen, um eine Öffnung zu erreichen, sofort nach seinem Amtsantritt im Jahre 1973 Gespräche mit dem Bauten- und Wissenschaftsministerium aufgenommen. Vom Bund wurde ein verfassungsrechtliches Gutachten eingeholt, aus dem hervorging, daß die Entscheidung allein bei der Universität liege. Er, Schieder, habe sich daraufhin mehrmals an den Rektor der Universität gewandt und ersucht, den Sternwartepark zu öffnen. Die Antwort war stets negativ. Das gleiche wiederholte sich nach einem Wechsel im Rektorat. Nach einem neuerlichen Rektoratswechsel führte Bürgermeister Leopold Gratz im Jahr 1980 selbst Gespräche mit dem neuen Rektor, um eine Öffnung des Sternwarteparkes zu erreichen. Gratz erklärte dabei auch die grundsätzliche Bereitschaft der Stadt Wien, die Erhaltungskosten des Parks und auch die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen zu übernehmen. Die Universität sagte eine Prüfung zu, eine Antwort steht noch aus. Schieder betonte abschließend, daß sich die Stadt Wien jahrelang um die Öffnung des Sternwarteparkes bemüht habe und auch bereit sei, entsprechende Kosten zu übernehmen, da die Öffnung für die Wiener Bevölkerung sehr wichtig wäre. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

15 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Nach Schluß der Fragestunde setzte der Gemeinderat seine Sitzung mit der Behandlung der Tagesordnung fort. Es lagen drei Anfragen der FPÖ vor. Drei Anträge der FPÖ (betreffend die Überprüfung der Möglichkeit, daß die Stadt Wien als Hauptmieter auf Zeit bei leerstehenden Wohnungen auftritt, betreffend die Einführung einer Seniorenmonatsnetzkarte bei den Verkehrsbetrieben und betreffend die Information der Öffentlichkeit über Bauprojekte für die Gartenbaugründe) sowie zwei Anträge der ÖVP (betreffend die Erfassung der städtischen Althäuser und die Erstellung eines Haussubstanzqualitätskatasters) wurden zurückgewiesen. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Bericht von Stadtrat Mayr

=++++

16 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR (SPÖ) erklärte in seinem Bericht zum Neubau des AKH, daß die Wiener Sozialisten bei diesen für Wien so bedeutsamen Projekt mit allem Nachdruck Schwierigkeiten beseitigen und Konsequenzen aus Fehlern ziehen werden. Allerdings muß man auch eine Relation zwischen den Fehlern, die passiert sind, und den Leistungen, die gesetzt wurden, herstellen.

In den fünf Jahren seit Bestehen der AKPE wurden folgende Leistungen erbracht:

- o Bereits im März 1976 wurde eine auch aus heutiger Sicht realistische Kostenschätzung geliefert.
- o Im Jahr 1977 wurde der Beschluß über ein mit den Nutzern abgestimmtes, völlig neues Grundsatzprojekt herbeigeführt.
- o Bis 1980 wurde der Hochbau weitgehend fertiggestellt und wurden zwei Drittel des Projektes entweder bereits abgeschlossen oder die Aufträge bereits erteilt. Genau wurden bis Ende 1980 für das Projekt 8,4 Milliarden aufgewendet und für weitere 7,9 Milliarden Aufträge erteilt. Insgesamt sind daher 62 Prozent der Leistungen beauftragt (davon mehr als die Hälfte erbracht und bezahlt) und 38 Prozent noch zu beauftragen.

Weite Teile der Kritik des Kontrollamtes, wie die Ausführungen über die Kinderklinik Psychiatrie oder über fehlende Belege, gehen auf die Zeit vor 1975 zurück. 1975 entschloß man sich zur Gründung der AKPE, weil der damalige Zustand unerfreulich war, und weil man mit ähnlichen Bauträgergesellschaften bei anderen großen Projekten gute Erfahrungen gemacht hatte. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Bericht von Stadtrat Mayr

=++++

17 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Mayr betonte, er sei sehr froh, daß angesichts des weit fortgeschrittenen Projektstandes der neuen Kontrollamtsbericht keine Debatte um eine Baueinstellung hat aufkommen lassen. Auf Preisbasis 1980 sind noch 38 Prozent der Leistungen oder nicht ganz zehn Milliarden Schilling ausständig. Bei einer Baueinstellung würde man die bisher beauftragten Leistungen verlieren und auch bei den restlichen Aufträgen sich kaum etwas "ersparen". Denn 60 Prozent der noch zu beauftragenden Summe entfallen auf medizinisch-technische und sonstige Einrichtungen und die Inbetriebnahmekosten, die bei einer anderen Konzeption auch anfallen würden.

Im heute zu beschließenden Beauftragungsvertrag wird die AKPE verpflichtet, für eine Teilfertigstellung im ersten Halbjahr 1984 und für eine Fertigstellung im Jahr 1987 zu sorgen. Als Kostenlimit werden in diesem Vertrag 20 Milliarden auf Preisbasis 1976 festgelegt. Auf Preisbasis 1. Jänner 1980 entspricht dies einem Betrag von 24,2 Milliarden. In dieser Summe sind die bereits in Betrieb befindlichen Bauteile wie Wohnhäuser, Schulgebäude, Kinderklinik, Psychiatrie und Tiefgarage nicht enthalten.

Die Betriebskosten werden nach einer Schätzung der AKPE auf Basis 1978 rund 40 Prozent über jenen im alten AKH liegen.

Hochrechnungen der Bau- und Betriebskosten bis zum Fertigstellungstermin sind Zahlenspielereien, weil niemand die Preissteigerungen der nächsten Jahre vorhersehen kann. Außerdem handelt es sich hier ja um nominelle Preissteigerungen, denen auf Seite der Gebietskörperschaften ja auch entsprechende höhere Einnahmen gegenüberstehen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Bericht von Stadtrat Mayr

=++++

18 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) In den nächsten Jahren werden die Bauleistungen wesentlich gesteigert. Der Personalstand auf der Baustelle - derzeit 800 Beschäftigte - wird kräftig aufgestockt. Es ist auch daran gedacht, fallweise Schichtbetrieb einzuführen. Zur Straffung der Bauführung wird das Gesamtprojekt in einzelne Teilbereiche aufgegliedert. Eine neuzubildende Preiskommission wird für die Angemessenheit der angebotenen Preise sorgen. Die Planung der Betriebsorganisation wird nun zu einem erheblichen Teil - zu etwa 55 Prozent - von der AKPE weitergeführt. Die restlichen 45 Prozent sollen durch Personal der Spitalsverwaltung, der medizinischen Fakultät oder durch Vergabe an Berater abgedeckt werden.

Stadtrat MAYR berichtete, daß als Konsequenz aus dem Kontrollamtsbericht bei einem Gespräch, an dem Bundeskanzler Dr. Kreisky, Finanzminister Dr. Salcher, Bürgermeister Gratz, Rechnungshofpräsident i.R. Dr. Kandutsch und er teilgenommen haben, folgendes beschlossen wurde:

- o Die AKPE wird in eine Ges. m. b. H. umgewandelt.
- o In der Gesellschaftsversammlung sind Bund und Stadt Wien im Verhältnis von 50 zu 50 vertreten.
- o Der Aufsichtsrat der Gesellschaft wird aus neun Personen bestehen. Hauptamtlicher Vorsitzender des Aufsichtsrates wird Dr. Kandutsch. Der Bund und die Stadt Wien werden jeweils vier Mitglieder des Aufsichtsrates stellen.
- o Die begleitende Kontrolle wird vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates durch nur ihm unterstehendes Personal ausgeübt.
- o Nach der Umwandlung der Gesellschaft wird der Vorstand und der Aufsichtsrat neu bestellt werden. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

19 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Den Rücktritt von Bürgermeister GRATZ und des gesamten Stadtsenats beantragte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Da außerdem wesentliche Änderungen bei der AKPE eintraten, die auch auf die Geschäftseinteilung ihre Wirkung haben werden, sollen die beiden Tagesordnungspunkte zurückgestellt werden. Nach der neuen Situation könne am heutigen Tag weder über den Entwurf eines Beauftragungsvertrages noch über die Geschäftsverteilung des Vorstands der AKPE abgestimmt werden.

Der Kontrollamtsbericht zeige die Verfehlungen von einem Vierteljahrhundert auf. Das Baumanagement war zu keiner Zeit den Schwierigkeiten gewachsen. Die ressortzuständigen Politiker haben sich nicht oder nur oberflächlich um das Milliardenprojekt gekümmert. Die Bauleitung wurde ohne politische Führung alleingelassen. Von Anfang an gab es ein unfassbares Planungschaos. Kein Bauabschnitt wurde auf der Grundlage einer ausgereiften Planung begonnen. Das Experiment der begleitenden Planung ist schief gegangen. Die Firmen haben die Schwäche des Managements erkannt und ausgenützt. Bei der Firma Prutscher fehlen Bauakte beziehungsweise Konkurrenzangebote. Die Kinderpsychiatrie ist nach wenigen Jahren schon wieder reperaturbedürftig. Auch für künftige Betriebskosten gibt es keine seriösen Berechnungen. Die Schätzungen schwanken zwischen drei und fünf Milliarden pro Jahr. Ihm sei kein Beispiel eines Landes oder einer Stadt bekannt, wo man derart hilflos einem begonnenen Bauwerk gegenübergestanden ist, sagte Hirnschall. Man könne daher die Frage nach der politischen Verantwortung nicht wegschieben, und man könne sie auch nicht mit der Gründung von neuen Kommissionen erledigen. (Forts.) ba/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

20 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) warf der Wiener SPÖ vor, daß bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates im Jahr 1978 die Chance vertan wurde, aus den Fehlern von fünf Jahren SPÖ-Regierung die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Fällige Reformen der Stadtverwaltung wurden nicht durchgeführt. Heute könnten Kontrollamtsberichte nicht mehr zurückgehalten werden.

Schon 1975 hätte nach dem ÖVP-Antrag geklärt werden können, was heute noch in Frage steht. Schon damals, bei der Gründung der AKPE, wäre der Zeitpunkt für die erste Überprüfung gewesen. Bürgermeister Gratz hätte sie damals "nicht geboten" bezeichnet.

Die ÖVP hätte seit 1971 keinen Einblick in die Unterlagen gehabt, wohl aber die Verantwortlichen: Gratz, Stacher und Mayr. Ein ÖVP-Antrag vom 28. Juni 1976 sei von Gratz abgelehnt worden. In den letzten beiden Jahren verlangte die ÖVP wiederholt die Kontrolle durch den Rechnungshof und Aufklärung über die APAK-Verträge, zum Beispiel über die Höhe des zusätzlichen Aufwandes für die APAK in der Vergangenheit und über die Schätzung für die Zukunft oder welche Leistungen die APAK an Dritte weitergegeben hätte. Der Mißtrauensantrag GR. Hirnschalls, der den Rücktritt des Stadtsenates gefordert hatte, sei für die fünf nicht amtsführenden ÖVP-Stadträte nicht berechtigt.

Hahn warf Stadtrat Mayr vor, die APAK-Leistungen 1979 nicht richtig angegeben zu haben und die Notwendigkeit zweier nebeneinander laufender Kontrollinstanzen nicht anerkannt zu haben. Hahn sprach Kontrollamtsdirektor Delabro seine Anerkennung für die Forderung nach rücksichtsloser Aufdeckung aus. (Forts.) roh/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

21 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die Baunebenkosten seien laut Kontrollamtsbericht in den letzten zweieinhalb Jahren auf 3.066 Millionen, das sind 30,5 Prozent, gestiegen. Eine gigantische Explosion hätte vor allem in der Haustechnik stattgefunden, deren Kosten derzeit auf 7.608 Millionen eingeschätzt werden. Diese Kostenexplosionen seien vor allem durch die Provisionszahlungen verursacht worden.

Zur Aussage Mayrs, daß viele vom Kontrollamtsbericht aufgedeckte Unzulänglichkeiten bereits in die Zeit vor 1975 zurückreichten, sagte Hahn, das sei nicht richtig - hier würde die Kritik in die falsche Richtung gelenkt. Besonders schlimm wäre die Leistungsvergabe bei den Energieeinrichtungen gehandhabt worden. Sie hätte auch gegen die Ö-Norm verstoßen. Die Abrechnungskontrolle der Baumeister sei mit großen Schwierigkeiten verbunden, da viele Unterlagen spurlos verschwunden sind.

Dann zitierte Hahn den Chef der begleitenden Kontrolle Kandutsch, der gesagt hätte, APAK und AKPE würfen sich gegenseitig Insuffizienz vor. Die AKPE-Planung wäre zu spät vorgelegt worden, die APAK hätte ihre Überwachungsmission nicht ernst genommen. Deshalb verlangte GR. Hahn die vorzeitige Auflösung der APAK-Verträge.

Er stellte den ANTRAG, die Berichte des Kontrollausschusses vierteljährlich den einzelnen Gemeinderatsausschüssen zuzuweisen. Abschließend verwies er noch auf den Mißtrauensantrag der ÖVP vom Vorjahr und sagte, dieser sei heute noch mehr als damals begründet. Bürgermeister Gratz hätte sich nicht ausreichend informiert und im entscheidenden Jahr 1974 die falsche Weichenstellung vorgenommen. Zu seiner derzeitigen Ansicht, personelle Änderungen wären nicht erforderlich, seien die Wiener anderer Meinung. (Forts.) roh/bs

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

22 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Zu den Ausführungen von GR. HAHN (ÖVP) meldete sich Stadtrat MAYR (SPÖ) zu Wort. "Ich bin immer bemüht, entsprechend dem jeweiligen Wissensstand Auskunft zu geben," sagte Mayr. Er wende sich daher mit allem Nachdruck gegen Vorwürfe, er habe im Gemeinderat die Unwahrheit gesagt.

Er glaube, das Allgemeine Krankenhaus solle so oft wie möglich die Grundlage von Diskussionen sein, sagte GR. DINHOF (SPÖ). Und er verwies darauf, daß sich auch der Wissensstand der ÖVP wiederholt geändert habe. Beim AKH habe sie mehrmals einen Zick-Zack-Kurs verfolgt. Für ihn gebe es überhaupt keinen Zweifel, daß die Bauform des AKH auch heute unter den gegebenen Umständen die beste sei. Bestimmend seien vor allem die Bedürfnisse der Patienten, denen in der Zentralbauweise ohne lange Wege im Freien und in einer möglichst angenehmen Bettenumgebung entsprochen werden soll. Es sei der SPÖ weder unangenehm noch peinlich, daß es einen tausendseitigen Kontrollratsbericht gibt: "Wir werden ihn so ernst nehmen, wie wir diese Berichte in der Vergangenheit ernst genommen haben", sagte Dinhof, "und wir werden gegen die Verantwortlichen entsprechend vorgehen". Er kündigte entsprechende Initiativen an, damit Kontrollratsberichte nicht den Medien bereits zu einer Zeit vorliegen, zu der diese Berichte noch nicht in Händen des zuständigen Gremiums sind. Im Zusammenhang mit einer eingebrachten Forderung von GR. Hahn, verwies Dinhof auf einen Zeitungsartikel, wonach AKH-Pläne im Wert von 500 Millionen Schilling verloren gegangen seien: damals sei die politische Verantwortung für die betreffende Abteilung beim ÖVP-Stadtrat Dr. Krasser gelegen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

23 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Zu den Geschäftsstücken selbst, sagte GR. DINHOF, es könne, wenn eine neue Gesellschaftsform geschaffen wurde, nicht ausgeschlossen werden, daß einmal der Wunsch nach einer teilweisen Änderung geäußert werde. Es solle nun die Möglichkeit geschaffen werden, die entsprechenden Arbeiten weiterzuführen. Auch die neue Gesellschaftsform wird die teilweise Fertigstellung zu einem bestimmten Zeitpunkt und ein vereinbartes Kostenlimit gewährleisten. Warum soll man also dieses Geschäftsstück absetzen?

Dinhof brachte abschließend einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG ein, in dem sich der Gemeinderat zur zügigen Fortsetzung des Neubaus des AKH (Universitätskliniken) einschließlich des Bauvolumen- und Kostenlimits durch die Organe der Republik Österreich und der Stadt Wien bekennt und die vom Bürgermeister eingeleiteten Maßnahmen begrüßt. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

24 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Es gibt kein Bauvorhaben, bei dem so lange geplant wurde und dann während des Baus trotzdem keine entsprechenden Planunterlagen vorlagen wie beim AKH, sagte GR. Dipl. Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Es wurde ohne Kostenrahmen "drauflosgeplant", bis Juli 1979 wurde kein Kosten- und Zeitlimit festgelegt. Das Mißverhältnis zwischen Spitalsbett und umgebauten Raum vergrößerte sich, das einzelne Bett wurde immer teurer. Wegen des Fehlens eines für die Baudurchführung brauchbaren, detaillierten Raum- und Funktionsprogrammes und trotz einer nahezu 20jährigen Planungsdauer setzte die Betriebsorganisationsplanung erst in den Jahren 1976/77 ein. Aber selbst zu diesem Zeitpunkt wurde die notwendige Einheit der Raum- und Funktionsplanung und der Betriebsorganisationsplanung von der AKPE nicht erkannt. Weitere Expertengutachten werden auf die Dauer auch nicht weiterhelfen, sagte Pawkowicz da es kaum internationale Experten geben dürfte, die Erfahrungen mit Fehlplanungen dieser Dimension haben.

Es stellt sich die Frage, wer für das AKH, für dieses Management, politisch verantwortlich ist. Wer setzt sich durch - unfähige Manager oder eine effiziente Kontrolle? Wer braucht denn diese Manager? Wer ist für diese "Diktatur der Dilettanten" verantwortlich? Die SPÖ muß endlich Konsequenzen ziehen.

Wir wissen noch immer nicht, wie groß das AKH-Gebäude endgültig sein wird. Wir kennen noch immer nicht die exakten Betriebskosten. Das Volumen des AKH ist explodiert, zugleich sank die Anzahl der Betten von ursprünglich 2.730 auf 2.173. Dies bedeutet, daß das neue AKH um 300 Betten weniger haben wird als das alte Allgemeine Krankenhaus. Dieser Fehlbestand muß wiederum durch heute noch gar nicht abschätzbare Kosten ausgeglichen werden. Die politische Verantwortung liegt klar auf der Hand. Es sind endlich Konsequenzen notwendig, sonst wird die Politik unglaubwürdig. Deshalb soll der gesamte Stadtsenat zurücktreten, schloß Pawkowicz. (Forts.) ger/sr

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

25 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ ist nicht mehr fähig, den politischen Willen und die Verwaltungsvorgänge zu synchronisieren, erklärte GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP). Noch in dem schriftlichen Bericht des Amtsführenden Stadtrates sind Bedenken gegen eine Ges. m. b. H. enthalten, während er am Schluß mündlich die Umwandlung der AKPE in eine Ges. m. b. H. vorschlägt.

Nach Schaumayer hat der vorliegende Baubeauftragungsvertrag mit der AKPE zwei gravierende Mängel: Der AKPE wird nicht zwingend vorgeschrieben, Planungenleistungen öffentlich auszuschreiben und weiter wird kein Versuch unternommen, die AKPE auf ein bestimmtes Maß an Eigenleistung zu verpflichten. Somit könnte sich ein neuer ABO-Vertrag in der gleich skandalösen Form wie in der Vergangenheit wiederholen. Der Übertragung der Bauherrschaft von der AKPE an die APAK wird kein Riegel vorgeschoben. Schaumayer stellte in diesem Zusammenhang ZWEI ANTRÄGE. Das Kontrollamt soll eine Sonderprüfung des sogenannten "Evidenzkreises Bau" bei der AKPE durchführen. Derzeit ist eine aktienrechtliche Prüfung der Geldmittel, die Bund und Wien an die AKPE leisten, nicht möglich. Der zweite Antrag fordert den Bürgermeister auf, beim Bund die Zustimmung zu erwirken, daß die Aufgaben und das Honorar für die APAK neu vereinbart werden.

Der SPÖ warf Schaumayer vor, daß sie aus ihrer politischen Verantwortung flüchtet. Nun will man die AKPE umwandeln, dabei gehen einige Personen verloren, deren Abberufung längst fällig gewesen wäre - auf politischer Ebene werden aber keine Konsequenzen gezogen. Die Neubesetzung des Vorsitzes des Aufsichtsrates nimmt die ÖVP mit Genugtuung zur Kenntnis, weil die Ansiedlung der begleitenden Kontrolle beim Aufsichtsrat die einzige Möglichkeit für das Funktionieren der begleitenden Kontrolle ist. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

26 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ unternimmt den Versuch, der politischen Verantwortung durch ein Lächerlichmachen dieser Verantwortung und durch Zuflucht zu einem Gesellschaftsvertrag zu entgehen, stellte GR. Dr. KRASSER (ÖVP) fest. Die SPÖ hat eine Kontrolle jahrelang abgelehnt und dadurch die politische Verantwortung allein auf sich gezogen. Zu den verschwundenen AKH-Plänen stellte Krasser fest, daß es sich um Einreichpläne zur sanitätsrechtlichen Genehmigung gehandelt habe. Für die erforderlichen Kopien haben die Architekten ein Honorar von 5,2 Millionen erhalten. Die Verantwortung für die betreffende Magistratsabteilung habe bei Landeshauptmann Slavik gelegen.

Die Kubatur des Allgemeinen Krankenhauses habe sich um nahezu das Doppelte erhöht. Das Anwachsen der Baumasse sei trotz Reduktion der Bettenanzahl erfolgt. Der Aufsichtsrat der AKPE habe zuwenig Kontrolle ausgeübt. Die Vorstellungen der Ärzte hätten mit der Möglichkeit der Stadtfinanzen in Einklang gebracht werden müssen. Stadtrat Mayr habe sich nicht ausreichend berichten lassen. Namens der ÖVP stellte GR. Krasser daher den ANTRAG, daß Stadtrat Mayr dem Kontrollausschuß, dem Stadtsenat, und dem Gemeinderat alle schriftlichen Berichte die er von der AKPE erhalten hat, zur Verfügung stellt.

Die Architektenaufträge sind im Laufe der Zeit mehrmals zum Vorteil der Architekten erneuert worden.

GR. Krasser beantragte daher eine genaue Überprüfung aller Architektenleistungen. Der dritte ÖVP-Antrag beschäftigte sich mit dem AKPE-Vorstandsdirektor Ing. Parzer, der bei der Nominierung von Geschäftsführern der AKPE nicht mehr zu berücksichtigen sei. Ebenso sollte OSR Dr. Horny und Sektionschef Dr. Weiz nicht mehr vorgeschlagen werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

28 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) GR. FÜRST (ÖVP) bezeichnete es als erschütternd, daß sich Bürgermeister GRATZ, der die gesamte Verantwortung trage, bisher nicht zu Wort gemeldet habe. Er gliederte den AKH-Skandal in vier Bereiche auf:

- o die Geldbeschaffung für die SPÖ über die AKH-Firmen,
- o die Schmiergeldaffäre,
- o die BKODATA-Affäre und
- o die Planungs- und Bauaffäre.

Um den ersten Punkt zu beweisen, versuchte GR. FÜRST die Zusammenhänge der einzelnen AKH-Firmen mit der SPÖ darzustellen. Von der Sozialistischen Vorwärts AG ausgehend sei über die Tarnfirma "Merkur" die Firma "Traktus" gegründet worden, die sich dann an der Firma "Infrabau" beteiligt habe. Im Zuge der Gründung der Firma "Mediplan Wien" habe die Mediplan Hamburg 40 Millionen Schilling für diese Sozialistische Firmenkette eingezahlt. Diese Angaben wären im Handelsregister leicht zu überprüfen.

Da der Kontrollamtsbericht unter anderem auch eine große Anzahl von Überzahlungen, unbegründeten Nachtragsforderungen und vertragswidrigen Vorauszahlungen festgestellt hat, stellte GR. FÜRST den ANTRAG, durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, daß alle unbegründet geleisteten Zahlungen umgehend zurückgefordert werden.

(Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

29 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Da im Zuge der Erhebungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die genannte sozialistische Firmenkette die daran Beteiligten Dr. Albert Vietor, Prof. Dr. Paul Seitz und Prof. Dr. Riethmüller das Erscheinen als Zeugen verweigert haben, stellte GR. Fürst den ANTRAG, anlässlich der Vergabe von Aufträgen, an denen die Stadt Wien zumindest zu 50 Prozent beteiligt ist, die Auftragnehmer für den Fall von Untersuchungen zur Zeugenschaft zu verpflichten. Im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung durch die Sozialistische Firmenkette bezeichnete Fürst SP-Zentralsekretär Marsch als Hauptverantwortlichen.

Zur ÖKODATA und Schmiergeldaffäre zählte Fürst noch einmal die betroffenen Personen von Dkfm. Bauer bis zu Wilfling und Direktor Winter, für die die SPÖ die volle politische Verantwortung trage, auf und stellte Verbindungen zwischen den vier Bereichen her. Alle involvierten Personen gehörten dem SP-Klub "45" an, den Udo Proksch als "Erziehungsinstitut für SP-Aufsteiger" bezeichnet habe.

Abschließend stellte GR. Fürst fest, daß Bürgermeister Gratz als Präsident dieses Vereines nichts zur Aufklärung der Zusammenhänge getan hätte. Er trage für die ganze Affäre die alleinige politische Verantwortung. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

30 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP) verlangte, das neue AKH müsse menschlich, betreibbar und finanzierbar sein. Sie kritisierte, daß noch immer keine konkreten Angaben über die voraussichtlichen Betriebskosten vorliegen. Im Kontrollratsbericht sei festgestellt worden, daß der AKPE-Vorstand erst im Juni und im Dezember 1980 ermächtigt worden sei, ab Februar 1981 einen Auftrag zur Ermittlung der Betriebskosten zu vergeben. Dr. Kandutsch habe die Fertigstellung für 1990 angekündigt (bisher sei immer von 1987 die Rede gewesen), die Baukosten betragen nach seinen Ausführungen 40 Milliarden, die Betriebskosten werden von ihm mit zehn Milliarden jährlich veranschlagt. Kandutsch habe die ABO-Berechnungen als falsch bezeichnet. Es sei erfreulich, daß Kandutsch nun Aufsichtsratsvorsitzender der AKPE werde. Sie wiederholte ihre Forderung nach einem menschlichen, betreibbaren und finanzierbaren Krankenhaus. Sollte dies nicht möglich sein, wären Baueinstellung und Abbruch die Konsequenz, anderenfalls müsse alles geschehen "um dieses Monster wenigstens liebenswert zu machen", sagte Kubiena abschließend wörtlich. (Forts.) and/sr

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

31 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Wer war ÖVP-Generalsekretär, als Abg. Helbich Journalisten zu bestechen versuchte, fragte GR. EDLINGER (SPÖ): Dr. Busek! Wer war Wiener ÖVP-Obmann, als Herr Berger die ÖVP mit einem Auto sponserte, als Herr Berger Sekretärinnen bezahlte, als Herr Berger auf die Bahamas einlud, als Möbel in die ÖVP geliefert und von anderen gezahlt wurden, als Herr Rabelbauer mit "schwarzem Geld" "schwarze Abgeordnete" kaufen wollte? Dr. Busek! Wer war der Wiener ÖVP-Obmann, der laut "Trend" sechs Millionen von der Industriellenvereinigung in die ÖVP schleppte? Dr. Busek!

Edlinger wies die von GR. Fürst erhobenen Vorwürfe zurück. Er beklagte die in den letzten Jahren eingetretene politische Klimaverschlechterung, die mit Sorge erfüllt.

Alle von der ÖVP und von Zeitungen geführten Angriffe, die der SPÖ Korruption vorwarfen, sind in sich zusammengebrochen. Alle Beschuldigungen erwiesen sich als inhaltlich haltlos. So mußten die ungeheuren Vorwürfe, daß Bauring-Gelder in die SPÖ geflossen seien, nach gerichtlichen Entscheidungen ebenso zurückgezogen werden wie die Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit Grundstückstransaktionen sowie die im Zusammenhang mit der "Kurier-Fälschungsaffäre" in Richtung SPÖ erhobenen Vorwürfe.

Der "Kurier" brachte - wenn auch mit geringerer Publizität - zumindest die Dementis. Den ÖVP-Politikern fehlte dazu der Mut. Die im Zusammenhang mit der Finanzierung einer Inseratenaktion für Bundeskanzler Dr. Kreisky erhobenen Verdächtigungen bezeichnete Edlinger als Terror-Aktion der ÖVP gegen jene Persönlichkeiten, die sich öffentlich zur SPÖ bekennen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

32 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Bis heute konnte keine Auskunft darüber erteilt werden, wo die 67 Bauring-Provisions-Millionen geblieben sind, sagte GR. FÜRST (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung. Die "Mediplan-Affäre" wurde im AKH-Ausschuß geklärt: Die SPÖ hat sich Millionen durch eine Firma erspart, die aus einem AKH-Auftrag Nutzen gezogen hat. Der Klub 45 wurde vom Sozialistischen Klubsekretär Dr. Aigner als Eiterbeule bezeichnet. Die Dreieckständer wurden verboten. Offensichtlich stören aber nur solche der ÖVP das Stadtbild, andere werden nach wie vor aufgestellt. Die Verkehrsbetriebe setzten eine private Werbefirma unter Druck, keine Kritik an den Verkehrsbetrieben auf Werbeflächen, die von der ÖVP gemietet wurden, zuzulassen. Solche Methoden waren zuletzt im Nationalsozialismus gebräuchlich. (Forts.) ger/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

34 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Das AKH ist ein halbfertiger Bau, zu dem die ÖVP "ja, aber" sagt, erklärte GR. Dkfm. Sigrun SCHLICK (ÖVP). "Aber" deswegen, weil es noch immer keine verbindliche Aussagen über die Herstellungs- und Betriebskosten und über den Fertigstellungstermin gibt. Das AKH läuft auch Gefahr, ein inhumanes Spital zu werden. Es wäre höchste Zeit, mehr Geldmittel für die Lösung sozialinnovatorischer Fragen zur Verfügung zu stellen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

35 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Neuwahlen auf Gemeinderats- und Bezirksebene forderte Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) in einem ANTRAG. Die Kontrolloren des demokratischen Gemeinwesens - die Bürger - müssen angerufen werden, weil die zuständigen Politiker keine Verantwortung übernehmen wollen. An der SPÖ gehen alle Dinge, die das Kontrollamt aufgezeigt hat, spurlos vorbei. Mit diesem Verhalten wird dem Gemeinwesen ein Schaden nach dem anderen zugefügt, weil die Identität zwischen Wähler und Gewählten verlorengeht.

Beim AKH sind nicht die Millionen, die in Liechtenstein oder in der Schweiz gelandet sind, das Problem, das Problem sind die verschlammten Milliarden am Währinger Gürtel. Die Wiener Stadtregierung "trudelt" von einem Disaster in das andere. Beim AKH zeigt sich die eklatante Unfähigkeit der Regierung, zu sparen.

Einzigste Konsequenz aus dem Kontrollamtsbericht ist die Etablierung eines "Lesevereins", mit dem man die Verantwortung auf die Beamten abschieben will. Offensichtlich ist man selbst nicht mehr in der Lage, zu erkennen, was im Kontrollamtsbericht steht und welche Konsequenzen zu ziehen sind.

Dr. Busek kritisierte, daß heute ein Beauftragungsvertrag beschlossen werden soll, der durch die Ankündigungen von Stadtrat Hayr bereits jeglicher rechtlicher Grundlage beraubt wurde. Es wird der Vorstand geändert, es wird der Aufsichtsrat geändert und es ändern sich die politischen Verhältnisse, da nun vier für das AKH-Ressort verantwortliche Minister oder Stadträte kommen werden anstatt bisher zwei. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

36 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die "Halbwertszeit" sozialistischer Zeit wird immer kürzer, betonte Dr. Busek. Bei der U-Bahn hat es sehr lange gedauert, bis sich die SPÖ entschloß, sie zu bauen. Die ÖVP forderte bereits 1975 eine Kontrolle beim AKH und heute rühmt sich der Bürgermeister, diese Kontrolle ermöglicht zu haben. Die Umwandlung der AKPE in eine Ges. m. b. H. wurde von der ÖVP im Vorjahr verlangt und nun hat die SPÖ ihre Meinung schon rascher als zuvor geändert. Die ÖVP war der Meinung, daß Dr. Kandutsch Vorsitzender des Aufsichtsrates der AKPE werden sollte und nun wird er es. Allerdings gab es bis zuletzt schwere Attacken gegen Dr. Kandutsch. Offensichtlich ist Stadtrat Mayr auf der Strecke geblieben. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

37 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die SPÖ wird sich ihrer politischen Verantwortung nicht entziehen. Sie wird daher den ÖVP-Antrag auf Neuwahlen ablehnen, stellte GR. EDLINGER (SPÖ) fest. Nicht die Flucht vor der Verantwortung sei der Sinn der Demokratie, sondern das Einstehen für diese Verantwortung. Die SPÖ wird weiter arbeiten, und die Wiener sollen am Ende der Legislaturperiode über die geleistete Gesamtarbeit entscheiden. Die ÖVP biete keine Alternative in Sachfragen, sie konzentriere sich daher auf das AKH, und macht es zum Wahlschlager.

Der Kontrollamtsbericht beweise, daß niemand m e h r als die SPÖ ein vordringliches Interesse an rückhaltloser Aufklärung hat. Wien sei vorbildhaft in seinen Kontrollinstitutionen. GR. Edlinger forderte aller Landeshauptleute auf, in den Bundesländern eine Kontrolle nach dem Beispiel Wien einzuführen. Es sei jedoch nicht Aufgabe des Kontrollamtsberichtes, nach Sündenböcken zu suchen. Der Bericht muß erst analysiert und geprüft werden. Es sei klar zu trennen zwischen den unsaubereren Machenschaften und der Notwendigkeit, das AKH zu errichten. Die ÖVP spiele sich einmal zum Erfinder und dann wieder zum schärfsten Gegner des AKH auf. Sie könne sich jedoch nicht aus der Verantwortung herauswindeln. Sie sei für die Konstruktion des AKH hauptverantwortlich. Der Bau der Kinderklinik sei zum Beispiel vom damaligen Unterrichtsminister Mock genehmigt worden.

Die SPÖ trägt dafür die Verantwortung, daß Wien das modernste Spital Europas bekommen wird. Der Korruptionsskandal ist zu untersuchen, Konsequenzen werden gezogen. Dafür sind jedoch weder die verantwortungslose Oppositionskritik noch die Medienjustiz ausschlaggebend. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

38 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Wie sei es überhaupt zu den Korrptionen gekommen, fragte GR. Edlinger. Der Grund liege im Profitstreben, das Firmen oder Manager die guten Grundsätze des Geschäftslebens vergessen lasse. Die Kritik der ÖVP richtet sich jedoch nicht gegen die Betrüger, sondern gegen die Betrogenen. Nicht die betrügerischen Bauunternehmer werden angeklagt, sondern die öffentliche Hand. Über ein Wirtschaftssystem, bei dem das Schmieren offensichtlich zur Tagesordnung gehört, wird von der Opposition nicht gesprochen.

Die ÖVP habe keinerlei Antwort auf die Fraen, die die Menschen wirklich betreffen. Im ÖVP-Manifest stehe nichts über die Wirtschaft, über Arbeitsplätze und Betriebsansiedlungen. In Europa gibt es genügend Beispiele einer negativen konservativen Regierungspolitik. Die SPÖ wird ihre Arbeit weiterhin nach den Menschen ausrichten.

(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

39 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) GR. WIESINGER (SPÖ) bezog sich auf die Wortmeldung von GR. FÜRST (ÖVP) und bezeichnete sie als "Schmutzkübel-Kaskade" und als eine Ursache für die bestehende Klimaverschlechterung im Gemeinderat. Anschließend zählte er Korruptionsaffären der ÖVP vom niederösterreichischen Landesrat Helbich bis zu Rabelbauer auf.

Die Wiener SPÖ habe in keiner Phase den raschen Fertigbau des AKH in Frage gestellt und seine Notwendigkeit für die medizinische Versorgung der Bundeshauptstadt immer anerkannt. Der Rufmord in den Medien sei rationell nicht erklärbar. Auch im internationalen Vergleich könne die Leistung der Wiener Stadtverwaltung nicht bezweifelt werden. Sie werde deshalb ihre politische Verantwortung auch bis Ende dieser Legislaturperiode tragen. Außerdem gebe es keine Alternative zur derzeitigen Stadtregierung.

Zweitens stellte Wiesinger klar, daß die Wiener SPÖ immer gegen eine Skandalisierung des AKH-Baues gewesen sei. Dennoch müsse ohne Ansehen der Person reiner Tisch gemacht werden. Alle Verträge müssen überprüft, die Honorare - vor allem der Architekten - zurückgeschraubt werden. Er setze alle Hoffnungen in die von Bürgermeister Gratz eingesetzte Kommission.

Viele Mängel fielen noch in die Zeit vor Gründung der AKPE. Dafür müsse die Verantwortung gemeinsam getragen werden. GR. Wiesinger sprach außerdem seine Anerkennung für die überwiegende Mehrheit der am Bau des AKH Beschäftigten aus, die ehrlich und gewissenhaft ihre Pflicht erfüllt haben. Der heutige Bericht Stadtrat Mayrs gebe alle Hoffnung auf eine zügige Fortsetzung des AKH-Baues. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

40 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister GRATZ erklärte, Gr. Fürst (ÖVP) habe einen Rekord aufgestellt, innerhalb von 15 Minuten so viele Außenstehende zu beleidigen. "Er ist immun und spricht deshalb so leicht über Außenstehende", sagte Gratz. Im Herbst 1980 haben sich Firmen bei Gratz über die hemmungslose politische Kampagne beschwert, und er lehne diese Kampagne heute ebenso ab wie damals. Die aufgedeckten Korruptionsfälle sind, so Gratz, besonders erschütternd, weil sie bei einem Bau geschehen sind, den die Wiener dringend brauchen. Zur Kommission erklärte Gratz, er habe gebeten, nicht jetzt schon zu kommentieren, sondern das Ergebnis abzuwarten und dann zu urteilen. Es ist notwendig, in jedem einzelnen Punkt die Verantwortlichkeit festzustellen. Jedenfalls könne nun nicht mehr der Vorwurf erhoben werden, das Kontrollamt decke nicht auf, weil es dem Bürgermeister nicht angenehm wäre.

Die Verantwortlichkeit für das Allgemeine Krankenhaus reicht zurück bis in die späten fünfziger Jahre. Er bewundere den politischen Mut und das Verantwortungsbewußtsein der Menschen, die in der Situation der fünfziger Jahre erklärten: "Wir wollen dieses 200 Jahre alte Allgemeine Krankenhaus durch einen Neubau ersetzen", sagte Gratz. Hätte man damals die Planung bis zum Ende durchgeführt und dann erst zu bauen begonnen, wäre heute noch nicht einmal der Grundstein gelegt. "Ich bekenne mich zu dieser seinerzeitigen Entscheidung, zu diesen Männern und Frauen, wie ich mich heute zu diesem Neubau bekenne", erklärte der Bürgermeister weiter. (Forts.)
and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

41 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Er sei sehr beeindruckt gewesen vom Zwischenbericht des Präsident Kandutsch über die begleitende Kontrolle, führte Gratz weiter aus. Er habe ihm im Anschluß an die Pressekonferenz mitgeteilt, daß er ihm für sein Bekenntnis Notwendigkeit des AKH und seiner raschen und optimalen in Fertigstellung danke. Zwischen Eigentümerversprechern, Vorsitzendem des Aufsichtsrates und begleitender Kontrolle wird es Übereinstimmung auch in Zukunft im Detail nie geben; für ihn, Gratz, sei es jedoch wesentlich, daß sich alle über die Zielsetzung einig sind, das Spital rasch fertigzustellen.

Eine gesellschaftsrechtliche Konstruktion soll nicht nur bis zum nächsten Wahltermin fixiert sein; aus diesem Grund kann man in einen Vertrag auch keine Namen schreiben, sondern nur Funktionen.

Zur Feststellung der großen Forderungen der Ärzte meinte Gratz, es sei für jeden Verantwortlichen schwierig, gegen Wünsche zu sein, durch deren Erfüllung in zehn, 15 oder 20 Jahren Menschen behandelt werden könnten.

Gratz verwahrte sich auch dagegen, in den letzten Jahren sei in Wien nichts geschehen, und fragte, ob man sich bereits so weit im Wahlkampf fühle, in der Welt des Treibhauses eines ÖVP-Parteitag zu argumentieren. Es geht darum, die Auswirkungen der weltweiten Krisenerscheinungen von Wien fernzuhalten. Dies sei bisher, trotz aller Probleme, weitgehend gelungen und auch von der ÖVP werde im Ausland immer wieder stolz darauf hingewiesen, was in Wien geschehen ist. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

42 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Was Wien braucht, ist nicht, darüber nachzudenken, was man dem anderen vorwerfen kann, was man in dieser wirtschaftlichen Situation fordern kann, sondern eine Atmosphäre, in der alle gemeinsam überlegen, wie für die Wienerinnen und Wiener die wirtschaftlichen Probleme gelöst werden können, sagte Gratz weiter. "Diese Stadt braucht Arbeit und nicht Reden und nicht Wahlkampf", schloß der Bürgermeister. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

43 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die Mißstände beim AKH werden von GR. Edlinger auf das bestehende Wirtschaftssystem zurückgeführt, sagte Vizebürgermeister Dr. BUSEK (ÖVP) in einer zweiten Wortmeldung. Im gleichen Atemzug weist Edlinger aber auf die gute wirtschaftliche Lage als Erfolg der SPÖ-Regierungspolitik hin - im selben Wirtschaftssystem! Busek zitierte in diesem Zusammenhang einen in einer deutschen Börsenzeitung erschienenen Artikel eines ehemaligen Wirtschaftsredakteurs der Arbeiter-Zeitung, in dem die wirtschaftliche Situation Österreichs kritisch beurteilt wird.

Wir haben nie behauptet, sagte Busek, daß das Kontrollamt in seinen Berichten ein abhängiges Organ sei. Unser Anknüpfungspunkt war, daß die Kontrollamtsberichte nicht dem Gemeinderat vorgelegt werden. Nicht gegen das Kontrollamt richtete sich unsere Kritik, sondern gegen den Bürgermeister.

Ein Großteil der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem AKH, die jetzt durchgeführt werden, waren als nicht durchführbar bezeichnet worden, als wir sie vorgeschlagen haben. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: AKH-Debatte

=++++

44 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP hat nicht behauptet, daß in dieser Stadt nichts weitergegangen ist. In wesentlichen Bereichen ist etwas geschehen, die SPÖ wurde durch Initiativen und Anträge der ÖVP zum Handeln gezwungen. Was wir kritisieren, sagte Busek, ist der Umstand, daß bei diesem Weitergehen sehr viel passiert ist und daß daraus keine Konsequenzen gezogen wurden.

Die ÖVP hat konkrete Vorschläge zur Stadterneuerung und zu den Problemen des Wohnbaus. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, die die Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze schaffen. Die Stadterneuerung ist dafür sicher besser geeignet als der Bau des Konferenzzentrums.

Bei den Bürgern entsteht im hohen Maße der Eindruck, daß niemand zur Verantwortung bereit sei. Wodurch fühlen sie sich durch eine Wahl bedroht, fragte Busek in Richtung SPÖ. Die Wahl ist keine Flucht vor der Verantwortung, sondern bedeutet, sich der Verantwortung zu stellen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: AKH-Debatte - Schlußwort

=++++

45 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Man kann es sich nicht leisten, beim Neubau des AKH Unterbrechungen eintreten zu lassen, betonte Stadtrat Mayr in seinem Schlußwort als Berichterstatter. Daher sollte man den Beauftragungsauftrag in dieser Form beschließen.

Mayr trat der in der Debatte geäußerten Meinung, die maßlosen Forderungen der Klinikchefs haben zu einer Ausweitung geführt, entgegen: Erhöhte Aufwendungen für die Medizin kommen den Menschen zugute. Der Fortschritt in der Medizin hat den Menschen eine höhere Lebenserwartung gebracht.

GR. Maria Schaumayer wurde von ihm, Mayr, in einem längeren Briefwechsel über den Evidenzkreis - Bau bei der AKPE informiert.

In Kapitalgesellschaften, bei denen die Stadt Wien beteiligt ist, wird immer eine Bilanz veröffentlicht. Dies wird auch beim AKH weiter der Fall sein.

Die SPÖ ringt beim Bau des AKH um die bestmögliche Form der Errichtung. Die Zielsetzung war für die SPÖ immer klar: den Bau möglichst rasch fertigzustellen. Die ÖVP schwankte allein im letzten Jahr zwischen Niederreißen, Umbauen, möglichst rasch Fertigstellen, Umbauen usw.

ABSTIMMUNG: Der Baubeauftragungsvertrag mit der AKPE und die Geschäftseinteilung für den Vorstand wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Der Antrag der ÖVP auf Neuwahlen fand nur die Zustimmung der ÖVP und FPÖ und blieb daher in der Minderheit.

Ebenfalls in der Minderheit blieb der FPÖ-Antrag auf Rücktritt des Stadtsenates: dafür stimmten nur die FPÖ-Gemeinderäte.

Die in der Debatte gestellten Beschluß- und Resolutionsanträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Mit den Stimmen der SPÖ wurde ein Antrag angenommen, der die Durchführung von Maßnahmen auf Grund des Kontrollamtsberichtes forderte. Die AKH-Debatte im Wiener Gemeinderat wurde nach fast achtstündiger Dauer um 17.50 Uhr beendet. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Subventionen

=++++

46 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) beantragte eine Subvention von 895.000 Schilling für den Betrieb der Artothek.

GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) stellte einen Abänderungsantrag auf eine andere finanzielle Bedeckung. Fleming fragte, wieso 1979 ein Bestand von fast 3.000 Bildern, 1980 ein Bestand von 1.200 Bildern genannt wurde.

In seinem Schlußwort sagte GR. Dkfm. Dr. AIGNER, daß 1979 der Gesamtbestand genannt wurde, 1980 jedoch der zum Verleih vorhandene Bestand. Es ist geplant, daß künftig in der Artothek auch Bilder verkauft werden können.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde abgelehnt, der Antrag mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

GR. EMERLING (SPÖ) beantragte eine Subvention von 400.000 S zur Durchführung des "Jazz- und Popfrühlings in Wien".

GR. Mag. KAUER (ÖVP) stellte einen Abänderungsantrag wegen der finanziellen Bedeckung. Außerdem kritisierte Kauer, daß eine kommerzielle Agentur gefördert wird.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde abgelehnt. Der Antrag mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Subventionen

=++++

47 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) beantragte, dem Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum einen Förderungszuschuß in Form einer Ausfallhaftung bis 450.000 S zu gewähren.

GR. PROCHASKA (ÖVP) stellte den Abänderungsantrag, die Subvention nicht aus den Mitteln des Kulturschillings zu decken.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde abgelehnt, der Antrag mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) roh/bs

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Sportaktion

=++++

48 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) GR. NUSSBAUM (SPÖ) stellte den Antrag, im Rahmen der Aktion "Komm zum Sport" dem Wiener Sport eine Gesamtsubvention in der Höhe von 6,800.000 Schilling zur Verfügung zu stellen. Den Nachweis über die widmungsgemäße Verwendung der Mittel haben die Subventionsempfänger bei der MA 51 vorzulegen.

GR. ARTHOLD (ÖVP) wandte sich in seiner Wortmeldung gegen diese Art von Subventionierung des Profisports. Außerdem zeige die Tatsache, daß das Weststadion auch für das nächste Spiel schon ausverkauft sei, die fehlende Notwendigkeit, Karten zu verschenken. Da das Geld nicht aus dem Sportbudget komme, sondern unter "allgemeine Subventionen" falle, solle sich Finanzstadtrat Mayr überlegen, ob er diesen Aufwand in der jetzigen wirtschaftlichen Lage verantworten könne.

GR. Arthold stelle abschließend die Förderung des Profisports mit Steuergeldern allgemein in Frage und meinte, die Stadt Wien solle hier nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen.

Sportstadtrat SCHIEDER (SPÖ) meinte, daß GR. Arthold diese Aktion nur aus politischen Gründen abwerte. Das Hauptaugenmerk der Wiener Sportpolitik liege nicht auf dem Profisport. Pro Jahr würden über 200 Millionen für den Breitensport aufgewendet. Darin seien die Aufwendungen für das neue Freizeitparadies auf der Donauinsel noch nicht gut halten.

Für den Spitzensport würde nur ein im Verhältnis sehr geringer Betrag eingesetzt, der Schwerpunkt liege auf der sportlichen Betätigung der Wiener. Stadtrat Schieder zählte dazu eine Reihe von Aktionen auf, die in letzter Zeit mit großem Erfolg durchgeführt wurden: Zum Beispiel die "Fahrt zum Schnee", das Talent-Leistungsschwimmen, Jugendeislaufaktionen oder der

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Sportaktion

=++++

49 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Sportstadtrat Schieder sagte, er wolle die zu hohen Gagen im Profifußballsport nicht verteidigen. Deshalb wolle er auch nicht Subventionen in die Vereine stecken, sondern "Hilfe zur Selbsthilfe" geben. Mit der Aktion "Komm zum Sport" sollen Zuschauer auf den Fußballplatz gelockt werden, die später von alleine kommen und damit dem Verein helfen, sich selbst zu erhalten. Zur Erhaltung und Renovierung von Sportplätzen werde insgesamt trotzdem weit mehr Geld aufgewendet. Die Aktion "Komm zum Sport" sei nur ein kleiner Punkt im weiten Spektrum des Breitensports.

GR. NUSSBAUM verzichtete auf sein Schlußwort.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Jugendzentren

=++++

50 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) GR. HOLUBARZ (SPÖ) beantragte Subventionen von insgesamt vier Millionen Schilling für den Umbau der Jugendzentren Zeltgasse 7 und Ottakringer Straße 200.

GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) kritisierte in diesem Zusammenhang die Arbeit und die Aktivitäten der Jugendzentren insgesamt und nahm Anstoß am neuen Zentrum Gassergasse, über das die Bevölkerung zuwenig informiert worden sei.

Der Josefstädter Bezirksvorsteher KASPAREK (ÖVP) forderte Räumlichkeiten für das Heimatmuseum des Bezirks.

Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) berichtete über die zahlreichen unterschiedlichen Aktivitäten der Jugendbetreuung und forderte die ÖVP zur Zusammenarbeit beim Jugendzentrum Gassergasse auf.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Kulturzentrum Spittelberg

=++++

51 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) beantragte, dem Verein Kulturzentrum Spittelberg eine Subvention bis zu einer Höhe von 2,3 Millionen S zu gewähren.

Der Verein führt im Amerlinghaus einen Alternativkindergarten und eine Alternativschule, betreut Kinder, Jugend- und Seniorengruppen und führt zahlreiche Veranstaltungen durch, sagte GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPÖ). Hier wird sowohl dem Prinzip der Selbstverwaltung als auch der Kontrolle der zur Verfügung gestellten Mittel Rechnung getragen. Die Besucherzahlen sind ständig im Steigen. Das Amerlinghaus wurde bereits zu einem wesentlichen Bestandteil des kulturellen und alternativen Lebens in Wien. In der Theorie tritt Dr. Busek für die Alternativen ein, heute stimmt die ÖVP jedoch gegen das Amerlinghaus.

Die Abrechnungsmodalitäten des Amerlinghauses sind seit jeher dubios, sagte GR. PROCHASKA (ÖVP). Wir glauben nicht, daß dort das Geld sparsam verwaltet wird. Eine der Gründe für die Großzügigkeit gegenüber dieser lautstarken Gruppe ist auch die Angst vor Entwicklungen wie in Deutschland und in der Schweiz. Man möge vorsichtig sein, den Bock nicht zum Gärtner zu machen.

Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ) stellte fest, daß das Kontrollamt die Gebarung des Amerlinghauses überprüft und keinen Grund zur Beanstandung gefunden habe. An den Demonstrationen in Wien nahmen auf unser Ersuchen auch Mitarbeiter teil, um beruhigend zu wirken.

ABSTIMMUNG: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 19.35 Uhr. (Schluß)
ger/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Veranstaltungsgesetz-Novelle

=++++

52 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Nach der Sitzung des Gemeinderates trat der Wiener Landtag unter Vorsitz von Ersten Präsidenten Hubert PFOCH (SPÖ) zusammen. Dem Landtag lag eine Anfrage der SPÖ über die Durchführung der Volkszählung 1981 vor. Sie wurde dem Landeshauptmann zugewiesen.

Stadtrat Dr. ZILK (SPÖ) referierte über die Änderung des Wiener Veranstaltungsgesetzes. In Zukunft kann auf bestimmten Plätzen der Stadt Straßenkunst aufgeführt werden. Dr. Zilk erklärte, daß seit vielen Jahren in den westlichen Städten junge Menschen auf den Straßen musizieren. Es geht nun darum, durch eine Verordnung Veranstaltungsplätze festzulegen. Man wird vor Erlassung der Verordnung mit allen beteiligten Stellen, vor allem mit der Bezirksvorsteherung sprechen und natürlich Übereinstimmung anstreben.

LABg. Dr. KRASSER (ÖVP) stellte den ABÄNDERUNGSANTRAG, daß die Verordnung nicht nach A n h ö r e n der Bezirksvorsteherung sondern im E i n v e r n e h m e n mit der Bezirksvorsteherung erlassen werden soll.

LABg. EMERLING (SPÖ) erklärte, daß in den meisten Fällen zwischen den Dienststellen des Magistrats und den Bezirken einvernehmliche Lösungen getroffen werden. Geschieht das einmal nicht, muß die Dienststelle dem Stadtrat schriftlich Bericht erstatten. In einem solchen Fall verhandelt der Stadtrat mit dem Bezirk. Diese Praxis hat sich als sinnvoll gezeigt. Der Abänderungsantrag der ÖVP birgt die Gefahr, daß eine Entscheidung blockiert werden kann. Nach dem Schlußwort von StR. Zilk erfolgte die Abstimmung: Der Abänderungsantrag wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Die Änderung des Veranstaltungsgesetzes wurde in zweiter Lesung einstimmig angenommen. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)

utl.: Vergnügungssteuernovelle

=++++

53 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die erste Novelle zum Vergnügungssteuergesetz 1973 beantragte Stadtrat MAYR (SPÖ). Abgeordneter Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte die Pauschalbesteuerung der Spielautomaten von 10.000 Schilling pro Apparat und Monat. Hirnschall beantragte, daß für jeden Spielautomaten 20 Prozent des Umsatzes eingehoben werden soll. Dazu wäre es erforderlich, die Spielautomaten mit entsprechenden Zusatzeinrichtungen zu versehen, die eine einwandfreie Bemessungsgrundlage ermöglichen. Die Genehmigung zur Inbetriebnahme soll nur für Automaten mit derartigen Zusatzeinrichtungen erfolgen. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Vergnügungssteuer-Novelle

=++++

54 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) LAbg. SCHNEIDER (ÖVP) stellte einen ABÄNDERUNGSANTRAG, die Sperrstundenverordnung für Wien ähnlich wie in Niederösterreich und Oberösterreich zu liberalisieren.

LABg. HOFSTETTER (SPÖ) erklärte, daß mit den neuen Bestimmungen erreicht werden soll, die Zahl der aufgestellten Spielautomaten zu reduzieren.

LABg. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte den Wegfall der Ausnahmegenehmigungen und verlangte, auch in Zukunft die Möglichkeit der Rückerstattung der Vergnügungssteuer.

Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) sagte in seinem Schlußwort, die Pauschalierung der Automatensteuer sei wegen der fehlenden Kontrollmöglichkeit notwendig. Zur Wortmeldung von LAbg. Kauer meinte Mayr, "Kannbestimmungen" seien im Steuergesetz unpraktikabel.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung EINSTIMMIG BESCHLOSSEN. Der Abänderungsantrag wurde dem Ausschuß für Vermögensverwaltung zugewiesen. (Forts.) roh/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Parkometergesetz

=++++

55 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat MAYR (SPÖ) beantragte eine Änderung des Parkometergesetzes. Dadurch wird die Festsetzung von Kurzparkzonen auch auf Bundesstraßen möglich. Es ist dies ein wesentliches Verlangen auch vieler Geschäftsleute, so zum Beispiel im Bereich des Naschmarktes.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 20.40 Uhr. (Schluß)
ger/bs

NNNN

AKH: AKPE wird in eine Ges. m. b. H. umgewandelt

Utl.: Dr. Kandutsch wird Präsident des Aufsichtsrates

=++++

10 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR gab Freitag im Wiener Gemeinderat bekannt, daß die AKPE von einer Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt wird. In der Gesellschaftsversammlung werden der Bund und die Stadt Wien im bisherigen Verhältnis von 50 : 50 Prozent vertreten sein. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft wird Rechnungshofpräsident i. R. Dr. Jörg KANDUTSCH gewählt werden. Dr. Kandutsch wird dieses Amt hauptamtlich ausüben.

Die beim Neubau des AKH eingerichtete begleitende Kontrolle wird vom Präsidenten des Aufsichtsrates durch nur ihm unterstehendes Personal ausgeübt. Nach der Umwandlung der AKPE werden der Vorstand und der Aufsichtsrat neu bestellt werden. (Schluß) sei/gg

NNNN